

die bundesdeutsche Außenpolitik etwas beweglicher unter einem anderen Kanzler, wengleich Dr. Adenauer schon jetzt kein Hehl daraus macht, daß er gewillt ist, das Amt des Bundespräsidenten aktiver zu führen als Prof. Heuss.

Aber dennoch, eine kleine Hoffnung besteht. Und um dieser Hoffnung willen lohnt es sich, zuversichtlich zu sein und zu glauben, daß die deutsche Tragödie noch vor dem letzten Akt aufgehalten werden kann. Dazu gehört aber Verhandlungsbereitschaft und die Erkenntnis, daß uns nichts in den Schoß fallen wird, am allerwenigsten die deutsche Wiedervereinigung, wenn wir nicht bereit sind, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und alle Wege zu versuchen, die zu einer friedlichen Lösung führen können. Dazu gehört unabdingbar der Verzicht auf die deutsche Atombewaffung, die Schaffung einer militärisch verdünnten Zone beiderseits des eisernen Vorhangs und ein Übereinkommen über Berlin, das, wie sein zukünftiger Status auch aussehen mag, weder ein militärisches Glacis des Westens noch eine neue Eroberung des Ostens werden darf. Die Verhandlungen dürfen nicht scheitern, weil man sich in der globalen Anwendung der Rüstungsbegrenzung oder der Atomkontrolle nicht einig wird. Darum geht es nicht. Es geht um die Deutschlandfrage und um mehr oder weniger große oder kleine Teillösungen, die, wenn man sie nur ernstlich anstrebt, ähnlich wie sich ein Mosaik zusammenfügt, schließlich doch zu einer weltweiten Entspannung führen können. Zunächst aber muß die Entspannung in Deutschland und Mitteleuropa gesucht und gefunden werden.

Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg u. Proschlitz

## **Zehn Jahre Nato — zehn Jahre Unsicherheit**

Ein Rückblick auf die Entstehung der Nato ist nicht nur eine militärische, sondern hochpolitische Schau der Weltpolitik seit 1945. Die nachstehenden Ausführungen sollen zur Klärung der zurückliegenden Ereignisse beitragen und mit Geschichtsfälschungen aufräumen, die in unserer Zeit die Gehirne vernebeln, die Menschen immer wieder in Angst versetzen und die politische Atmosphäre vergiften.

### **Westliche Behauptungen**

Die Politiker der Weststaaten, die westdeutsche Regierung und die Parteien des Bonner Bundestages behaupten, daß das dringende Sicherheitsbedürfnis des Westens angesichts der sowjetischen Aggressionspolitik und die notwendige Gemeinsamkeit zur Schaffung günstigerer Positionen für Verhandlungen mit dem Osten die Gründung der Nato erforderlich gemacht hätten. Die Nato wäre lediglich ein Zusammenschluß zur kollektiven Verteidigung des Westens gegen die Sowjetunion. Am 17. März haben demzufolge sich fünf Mächte — England, Frankreich und die drei Beneluxstaaten — im Brüsseler Vertrag, als Vorläufer der Nato, zusammengeschlossen, und am 4. April 1949 ist dann unter Hinzutritt von den USA, Kanada, Dänemark, Norwegen, Island, Italien und Portugal zu den Brüsseler Paktstaaten der Nordatlantikvertrag (Nato) durch diese 12 Nationen unterzeichnet worden. Am 18. Februar 1952 traten Griechenland und die Türkei

dem Vertrag bei, die schon am 12. März 1947 durch die Truman-Doktrin an den Westen gebunden waren, und am 9. Mai 1955 wurde als 15. Staat die Bundesrepublik als Mitglied in die Nato aufgenommen.

Es lohnt sich, diese Entwicklungsgeschichte einmal aufmerksam einer genauen Prüfung zu unterziehen und zu untersuchen, wer eigentlich die Schuld für die langjährigen weltpolitischen Spannungen, für das Wettrüsten, für die Spaltung der Welt in zwei Blöcke, für die Gefahr eines dritten Weltkrieges trägt.

### Englisch-amerikanische Hegemonie als Ziel

Während Churchill noch am 28. April 1945, also kurz vor dem Ende des 2. Weltkrieges, scheinheilig nach Moskau telegraphierte, daß die weitere Zusammenarbeit der USA, Englands und der Sowjetunion eine gebieterische Notwendigkeit sei, „ungeachtet der unterschiedlichen Systeme, des Denkens und der Regierung“, erließ er wenige Tage darauf, Anfang Mai, die Anordnung, alle Waffen der kapitulierenden deutschen Wehrmacht zu sammeln, damit gegebenenfalls die deutschen Armeen wieder mit ihnen ausgerüstet werden könnten, um mit den USA und England gegen die Sowjetunion zu marschieren. Zehn Monate später, am 5. März 1946, forderte Churchill im Beisein Trumans in Fulton ein englisch-amerikanisches Militärbündnis gegen die Sowjetunion, mit dem eindeutigen Verlangen, die Sowjetunion solle die Weltherrschaft der angelsächsischen Mächte anerkennen. Im Falle einer Weigerung drohte er mit Krieg. Das war der Anfang der Spaltung der Welt, das war die Erklärung zum kalten Krieg, das war der Beginn zu einem antisowjetischen Militärblock.

Der Westen behauptet, nach dem Kriege bis auf den letzten Hosenknopf ausgerüstet zu haben, im Gegensatz zur Sowjetunion, und nur die sowjetische Aggressionspolitik habe zur Wiederaufrüstung des Westens geführt. Nach eigenen Angaben der USA belief sich deren Truppenstärke im Jahre 1946 auf 3,3 Millionen Mann. Eine ähnlich große Zahl hatte auch die Sowjetunion noch unter Waffen. Für den Westen kam aber noch ausschlaggebend hinzu, daß er das Atommonopol besaß. Schon von der ersten Nachkriegswoche an versuchten die angelsächsischen Mächte, eine englisch-amerikanische Hegemonie militärisch und politisch in der Welt zu errichten. So wurde beschlossen, einen globalen Antisowjetblock unter amerikanischer Führung zu bilden und rings um die Sowjetunion ein dichtes Netz von Militärstützpunkten zu errichten, von denen aus durch Druck auf einen Knopf im Pentagon Hunderte von Flugzeugen mit Atombomben gegen die Sowjetunion starten könnten. Im Jahre 1948 besaßen die USA bereits über 100 derartige Militärstützpunkte in vielen fremden Ländern der Erde.

Churchill schreibt nach Jahren rückschauend in seinem Buch über den 2. Weltkrieg, aus der Zeit, als die USA als einzige Macht der Erde Kernwaffen besaßen, folgende Ungeheuerlichkeit:

„Es kam mir sogar in den Sinn, daß eine vorher bekanntgegebene, doch friedliche Luftdemonstration über den wichtigsten sowjetischen Städten im Verein mit der Darlegung einiger unserer neuesten Erfindungen (gemeint ist die Atombombe. Der Verf.) den sowjetischen Führern gegenüber, diese zu einer freundschaftlicheren und nüchterneren Einstellung bewegen würde.“

Mit einer solchen Demonstration pflegten die Kommandanten britischer Kanonenboote ein Ultimatum zu stellen, wenn sie an den Küsten von Kolonialländern aufkreuzten, um diese in die Knie zu zwingen.

Am 12. März 1947 erklärte Truman der Sowjetunion offiziell den kalten Krieg, indem die USA durch die sogenannte Truman-Doktrin die „Weltführung“ beanspruchten. Jetzt begann die expansionistische USA-Politik in Westeuropa zu arbeiten. Unter dem Vorwand „Organisierung der Verteidigung gegen die So-

wjetunion“ und mit dem alten Argument Hitlers von der angeblichen „Bedrohung“ aus dem Osten zwangen die USA die westeuropäischen Staaten zur forcierten Aufrüstung und sicherten sich die Oberaufsicht über die Streitkräfte der Verbündeten. Als Folge dieser USA-Politik wurde dann am 4. April 1949 der Atlantikpakt unterzeichnet, drei Jahre nach der ersten dahinzielenden Anregung Churchills in Fulton. Doch mit dem nun zu erwartenden Atomultimatum an die Sowjetunion wurde es nichts. Im September 1949 explodierte die erste sowjetische Atombombe.

#### Warschauer Pakteine Folgeder Nato

Auffallend ist, daß der Atlantikblock ein Zusammenschluß aller Kolonialmächte ist, nämlich USA, England, Frankreich, Belgien, Holland, Portugal (Spanien ist ohne Mitgliedschaft militärisch verbunden), in dem gegenseitigen Bestreben, den Kolonialbesitz zu sichern. Zum anderen ist die Nato ein ausgesprochenes Kriegsbündnis gegen die Oststaaten, die den Kolonialismus bekämpfen. Als die Sowjetunion am 31. März 1954 um Aufnahme in die Nato nachsuchte, damit dadurch die Grundlagen eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa geschaffen werden könnten, erhielt die Sowjetregierung eine Absage. Damit war die Stoßrichtung der Nato in aller Weltöffentlichkeit klar. Erst ein Jahr später — und neun Jahre nach der ersten aggressiven Rede Churchills in Fulton — antwortete die Sowjetunion mit der Gründung des Warschauer Paktes im Jahre 1955 unter Einschluß der DDR.

Im gleichen Jahre war vorher die Bundesrepublik in die Nato aufgenommen worden. Damit wurde ein Plan Wirklichkeit, der schon lange bestand und ein Wunsch der Bundesregierung war, aber nur durch den bisherigen Einspruch Frankreichs und den Umweg über die durch Frankreich später zum Scheitern gebrachte EVG verzögert worden war. Lord Ismay, der damalige Generalsekretär der Nato, berichtet darüber: „Im Jahre 1950 waren bei der Herbsttagung des Rates sämtliche Mitglieder im Prinzip mit einer deutschen Beteiligung an der Nato einverstanden. Die einzigen Bedenken erhob der französische Außenminister Robert Schuman. . . . Da die Möglichkeit einer Einigung nicht bestand, mußte sich der Ministerrat vertagen, um die Frage später erneut prüfen zu können.“

#### Sind wir militärisch bedroht?

Die Bundesregierung begründet ihre Mitgliedschaft in der Nato damit, daß ein „sowjetischer Angriff“ oder der Überfall eines „potentiellen Gegners“ zu erwarten sei. Die Nato-Führung stellt die Sowjetunion als ein Land hin, das nur darauf lauert, die Westmächte zu überfallen, das durch Friedenserklärungen und Friedensaktionen die Weltöffentlichkeit einlullen möchte, um desto unauffälliger ihre Aggression gegen die Natostaaten vorbereiten zu können.

Die Sowjetunion nahm in ihrer Note vom 17. November 1956 zu dieser Frage Stellung: „Es kann direkt gesagt werden, daß sich gegenwärtig in Westeuropa eine solche strategische Lage herausgebildet hat, die für die Streitkräfte der Sowjetunion noch bei weitem günstiger ist, als es am Ende des 2. Weltkrieges der Fall war, wo die mobilisierte und bewaffnete Sowjetarmee sich in ganz Westeuropa hätte festsetzen können, wenn sich die Sowjetunion solche Ziele gestellt hätte.“

Hinzu kommt, daß in der Sowjetunion durch den Krieg 1710 Städte und über 70 000 Dörfer, d. h. über 6 Millionen Gebäude, zerstört worden waren. Es gab 25 Millionen Obdachlose, und Tausende von Schulen, Theatern, Klubs und Fabriken lagen in Schutt und Asche. Zusammen mit den Kriegskosten und dem

zeitweiligen Verlust der Einkünfte aus Industrie und Landwirtschaft der durch deutsche Truppen besetzten Gebiete ist der Volkswirtschaft der Sowjetunion durch Hitlers Überfall ein Schaden entstanden, der 2569 Milliarden Rubel betrug. Der zusätzliche Verlust durch den Tod vieler Millionen Menschen ist bei dieser Betrachtung in Zahlen gar nicht auszudrücken. Es ist kaum denkbar, daß ein solches Land, welches diese unvorstellbaren Schäden und Verluste durch wirtschaftliche 7-Jahrespläne ausgleichen will und bereits enorm viel geschaffen hat, zu einem neuen Kriege bereit sein sollte. Ferner hat die Sowjetunion seit 1955 ihre Armee um 2 140 000 Mann vermindert, davon 53 000 Soldaten aus der DDR und 17 000 Besatzungstruppen aus Ungarn abgezogen zur Überführung in die Wirtschaft. Außerdem war es die Sowjetunion, die als erste freiwillig und ohne Gegenleistung der anderen Seite ihre Atombombenversuche eingestellt hat. Sie ist auch heute bereit, die DDR, Polen und die Tschechoslowakei in eine atomwaffenfreie Zone einzubeziehen, wenn der Westen mit der Bundesrepublik, ein sehr viel kleineres Gebiet, das gleiche tut.

### **Kosten und politische Folgen**

Trotz dieser Angebote und Konzessionen seitens der Sowjetunion haben die Natostaaten weiter und weiter gerüstet, um durch ihre „Politik der Stärke“ die Gegenseite militärisch in die Knie zu zwingen. 500 Milliarden Dollar (= 2 Billionen DM) sind bisher für die Aufrüstung im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert worden. Dazu haben die Mitgliedstaaten ihre Selbständigkeit aufgegeben, sich wirtschaftlich erschöpft und beginnen die Märkte und Handelsverbindungen in der Welt an den Osten abzutreten. Sie sind verpflichtet, einen Teil ihrer Armee und Flotte sowie Luftstreitkräfte dem amerikanischen Kommando zu unterstellen, das seinen Sitz, als ständiger Unterausschuß der Generalstäbe, in Washington hat. Der Oberbefehlshaber der Natostreitkräfte in Europa ist ein amerikanischer General, desgleichen werden die acht Nato-Marinen von einem amerikanischen Admiral befehligt. Das amerikanische Bomberkommando (SAC) ist die beherrschende Luftmacht des Westens. Die Natomitglieder sind verpflichtet, ihr Gebiet für militärische Anlagen zur Verfügung zu stellen. Diese Stützpunkte sind extraterritoriales Gebiet. Laut Art. 5 des Natopaktes müssen alle Vertragspartner sich an jedem Kriege beteiligen, in den eines der Blockländer verwickelt wird. Wie schnell aber ein „Zwischenfall“ inszeniert und eine eigene Aggression als Abwehr eines gegnerischen Überfalls dargestellt werden kann, haben wir erst in der jüngsten Geschichte mehrfach erlebt. Somit haben die westeuropäischen Natopartner ihre wichtigste außenpolitische Entscheidung über Krieg und Frieden selbst aus der Hand gegeben.

### **Atomwaffen**

Hinzu kommt die Ausrüstung der Natopartner mit Atomwaffen, die laut Erklärung des Natoführungsstabes in Paris auf Grund der angeblich zahlenmäßigen Unterlegenheit der konventionellen Natotruppen — zunächst einmal als taktische Atomwaffen — auf jeden Fall eingesetzt werden. Dabei stützt man sich auf den Beschluß des Nato-Rates vom Dezember 1954 „Über den Plan der wirkungsvollsten Anwendung der militärischen Stärke der Nato, der die Anwendung atomarer Waffen voraussetzt“ (White paper, February 1955, Statement of Defence, Cmd 9391).

So erhält jetzt auch die Bundeswehr 288 „Honest John“-Raketen, die mit Atomsprengeköpfen verschossen werden können. Dazu werden vorerst 36 Abschussrampen gebaut. Diese Raketen sind in der Bundeswehr unter dem harmlos klingenden Namen „Feldraketenwerfer 762“ eingeführt. Nun beweist aber die mili-

tärische Erfahrung, daß kleinere Kaliber immer stärkere Granaten oder Bomben nach sich gezogen haben, d. h. also, daß die Nato-Pläne der Atomraketenbewaffnung, denen sich die Bundeswehr zu unterwerfen hat, direkt auf den Krieg mit strategischen A- und H-Bomben hinzielen, wobei die Raketenabschußrampen in der Bundesrepublik Magneten gleichen, die in erster Linie die gegnerischen A- und H-Bomben zum Zwecke ihrer Ausschaltung anziehen.

#### Die Nato bietet keine Sicherheit

Es ist also nicht wahr, wenn der Bundeskanzler im Bundestag als Begründung für den Eintritt der Bundesrepublik in die Nato behauptete, hierdurch würde verhindert, daß Westdeutschland in einem etwaigen Kriege zum Schlachtfeld würde. Sämtliche bisher bekanntgewordenen Pläne, Manöver und Äußerungen maßgeblicher westlicher Generale und Politiker lassen im Gegenteil erkennen, daß Deutschland auf jeden Fall Kriegsschauplatz wird und nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in einem neuen Kriege zerstört werden würden. Das westdeutsche Kriegspotential ist von so großer Bedeutung, daß keine der beiden Großmächte es unbeschädigt der anderen Seite überlassen kann. Die Bundesrepublik liegt im Feuerbereich der sowjetischen Raketen, und auch die Amerikaner geben selber zu, daß sie im Konfliktsfalle Deutschland mit Atombomben belegen werden, um seine Industrie zu zerstören. Aber die Gefahr eines Krieges braucht sich nicht nur aus Kampfhandlungen in Europa zu ergeben. Die westlichen Nato-Großmächte sind durch ihre imperialistische Kolonialpolitik mit vielen Ländern der Erde durch weitere Militärpakte verbunden. Hätten z. B. die Aggressionen in Ägypten, Jordanien und Libanon oder die beabsichtigten Einmischungen im Irak und im innerchinesischen Streit bei Quemoy zu einem Zusammenstoß mit der Sowjetunion geführt, so wäre die Bundesrepublik auf Grund der Nato-Satzungen automatisch kriegführende Partei geworden, und die Sowjetunion hätte sich aus militärischen Gründen gezwungen gesehen, Kampfhandlungen gegen die Bundesrepublik führen zu müssen, weil sich ja hier starke Natostreitkräfte mit einem Netz von Flugplätzen und Raketenabschußrampen befinden. Die Mitgliedschaft in der Nato erhöht also in jedem Fall die Kriegsgefahr für die Bundesrepublik und bietet in keiner Weise Sicherheit.

Ein dänischer Journalist charakterisierte einmal sehr treffend den Wert der Natomitgliedschaft: „Eine sonderbare Versicherungsgesellschaft ist doch die Nato. Bricht in unserem Hause ein Brand aus, so übernimmt sie es nicht, ihn zu löschen, und leistet auch keinen Schadensersatz. Dafür verspricht sie, ein paar andere Häuser anzuzünden.“ Denken wir daran, daß diese anderen Häuser Dresden und Leipzig sein können und dann westdeutsche Nato-Soldaten gegen ihre Brüder im Osten Deutschlands antreten werden. Für uns Deutsche bedeutete das nicht nur Krieg, sondern den fürchterlichsten aller Kriege: der Bruderkrieg im eigenen Vaterlande wäre da!

#### Die Hände gebunden

Durch den Eintritt in die Nato ist aber auch die staatliche Souveränität, die jeder andere Staat für sich als selbstverständlich in Anspruch nimmt, für die Bundesrepublik verspielt. Am 24. Oktober 1954 stellte der Bundeskanzler nach Unterzeichnung der Pariser Verträge in einer Rundfunkansprache fest: „... Das Besatzungsregime ist zu Ende. Wir sind wieder frei.“ Halten wir dagegen Art. 2 des sogenannten Deutschlandvertrages, in dem es heißt: „... behalten die drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten Rechte und Verantwortlichkeiten auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung ...“ So sieht es also in Wirklichkeit aus! Die Bundesregierung hat sich somit in allen Fragen nationaler

Souveränität die Hände selbst gebunden, sie hat für den Preis der Wiederaufrüstung das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf eigene Schritte zur friedlichen Wiedervereinigung, das Recht auf eine nur den Interessen des deutschen Volkes dienende Politik fremden Machtinteressen untergeordnet. So erklärt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Nato, daß in der Bundesrepublik fremde Truppen schalten und walten können, Militärstützpunkte errichtet und Raketenwaffen stationiert werden, auswärtige Mächte Geheimdienste unterhalten dürfen, die in Staatsorgane eingebaut sind, demokratische Grundrechte unter Verletzung des Grundgesetzes eingeschränkt sowie laufend Hindernisse für die Verständigung der Deutschen untereinander in den Weg gelegt werden und schließlich der Handel mit dem Osten durch Embargobestimmungen eingeengt ist.

Der Bundeskanzler hat also, um die Aufstellung einer westdeutschen Armee im Rahmen der Nato zu erreichen, freiwillig auf die Rechte eines souveränen Staates verzichtet, und so haben wir als Quittung: Keine Wiedervereinigung, keinen Abzug der Besatzungstruppen, keine Beseitigung fremder militärischer Stützpunkte, keinen freien Handel, keinen Friedensvertrag, keine Sicherheit.

Mit stolzgeschwellter Brust sagte Adenauer zu dem damaligen französischen Botschafter *Francis Ponce* im August 1954: „Ich bin der einzige deutsche Kanzler, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht.“

Von einer solchen Regierung, die nur die Interessen der Nato vertritt, ist natürlich keine Unterstützung der Pläne für eine Entspannung, für ein Auseinanderücken der Militärblöcke, für eine militärische „Verdünnung“, für eine atomwaffenfreie Zone, für ein Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus ihren beiderseitigen militärischen Bindungen zu erwarten. Der Oberbefehlshaber der Nato, General *Norstad*, gab die Sprachregelung, indem er alle derartigen Vorschläge, ob sie nun von *Rapacki*, *Kennan*, *Mansfield*, *Humphrey*, *Eden*, *Gaitskell* oder *Pfleiderer* stammen, als „lächerlich“, „verheerend“ und „katastrophal“ bezeichnete, obwohl alle diese Pläne noch nicht einmal eine Auflösung, sondern sogar den Weiterbestand der Nato vorsehen. Und der Generalsekretär der Nato, *P. H. Spak*, erklärte im Hinblick auf die Bundesrepublik: „An dem Tage, an dem wir für Deutschland ein besonderes Militärsystem zulassen, haben wir den ersten Schritt getan, der zu einem besonderen politischen System für Deutschland führt, d. h. zum Ende der Nato, wie wir sie kennen. Solange die Nato besteht, kann ich freiwillig keine Pläne akzeptieren, die Deutschland zunächst in eine besondere militärische Lage, morgen in eine besondere politische Lage versetzen wollen und vor allem auf den Abzug der amerikanischen Truppen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Europa hinstreben. Folglich bin ich gegen alles, was man ‚Disengagement‘-Pläne nennt. Denn das Wort besagt schon, daß hinter der militärischen Aktion ganz klar eine politische Aktion steht.“

### Präventivkrieg?

Die Zeiten sind längst vorbei, als die Nato militärisch, wirtschaftlich und politisch nur durch ihr Vorhandensein abschrecken sollte. Das Herumfuchteln mit den Atomwaffen seitens der Nato geht weit über ein Abschrecken oder ein Einschüchtern der Gegenseite hinaus und bringt eine gefährliche Zuspitzung der Lage in Europa mit sich. Ja, die westliche Seite predigt sogar teils verschleiert, teils ganz offen den Präventivkrieg. *Drew Pearson* schreibt am 18. Dezember 1957 im „Daily Mirror“: „... daß die USA ihrer traditionellen Politik, nie als erste einen Krieg zu beginnen, eventuell entsagen müßten. In einem modernen Atomkrieg wird der erste Angriff so stark sein, daß das Land, das ihn unter-

nimmt, wahrscheinlich den Sieg erringen wird. Da die USA im Wettrüsten nicht gut abschneiden, wird gefolgert: Wir können uns ein Zuwarten nicht leisten. Es geht also, kurz gesagt, um einen Präventivkrieg.“

General L e M a y , stellvertretender Stabschef der US-Luftwaffe, erklärte laut „U. S. News and World Report“ vom 10. Januar 1958: „Ich glaube, wenn wir heute einen Krieg begännen, würden wir ihn wahrscheinlich gewinnen. Ich glaube nicht, daß Rußland genug ballistische Geschosse hat oder in absehbarer Zeit haben wird, um unsere strategischen Luftstreitkräfte am Aufstieg zu verhindern . . .“

Auch Luftmarschall S l e s s o r sagte in einem Interview, „die USA könnten den ersten Schlag versetzen.“

Die amerikanische Zeitschrift „Foreign Affairs“ schrieb im Januar 1958: „Wir kleiden unser Ziel in Worte wie Verteidigung gegen den Kommunismus . . . Wir wissen natürlich, daß dies ein Winkelzug ist.“ Getarnt hinter diesem Winkelzug, hatte sich denn auch der aggressive Charakter der Nato bei dem englischen Angriff auf Ägypten und bei der anglo-amerikanischen Intervention gegen den Nahen Osten im Sommer 1958 entlarvt. Und Bonn hatte bei diesem schmutzigen Unternehmen Schützenhilfe geleistet, indem es seine Flugplätze den Aggressoren zur Verfügung gestellt hatte. Die Bundesrepublik bedeutet ja für die Nato Aufmarschgebiet, Sprungbrett und Atom-Stoßkeil. In diesem Licht gesehen, erhält der Jahresbericht der Nato-Streitkräfte 1955 besondere Bedeutung:

„Westdeutschland hat als geographisches Zentrum Europas große strategische Bedeutung. Die norddeutsche Ebene mit ihrem gut entwickelten Netz moderner Auto- und Eisenbahnen stellt ein überaus günstiges Aufmarschgebiet dar, um einen Schlag vorzubereiten.“

Schläge vorbereiten, heißt aber, den Krieg vorbereiten. „Angreifen, wo immer sich eine Chance dafür bietet, mit dieser Kampfmethod sollte der Westen dem Osten entgegentreten!“ folgerte General H e u s i n g e r bereits am 15. Oktober 1955 in den „Bonner Heften“, und Minister S t r a u ß tönnte: „Keine Gespräche mit der Sowjetunion, erst rüsten, stark werden, erst die Muskeln spannen und dann weiter sehen . . .“ „Abschaffung der Atomwaffen wäre für uns nackter Hohn auf unsere eigene Dummheit, nichts weiter . . .“ „Die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen reicht aus, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte zu streichen.“ Der Bonner General Z i m m e r m a n n erklärte der englischen Zeitung „Sunday Express“: „Die Zukunft liegt bei dem, der einen Präventivkrieg wagt. Die Spannung zwischen Ost und West wird ewig andauern und nur durch einen Krieg gebrochen werden. Deshalb sollte der Westen, wenn er Rußland schlagen will, einen Präventivkrieg vom Stapel lassen, in dem er alle ihm zur Verfügung stehenden Atomwaffen einsetzt.“

#### W e r n i c h t s c h i e ß e n w i l l , m u ß v e r h a n d e l n

Diese gefährliche Lage, die die Nato nach zehnjährigem Bestehen hervorgerufen hat, ist von der Sowjetunion — vom Bundeskanzler als „Todfeind“ bezeichnet — durchaus erkannt. Mit ihrer Berlin-Note und dem Vorschlag eines Friedensvertragsentwurfs versucht sie, die erstarrten politischen Fronten, ehe es zur militärischen Explosion kommt, in Bewegung zu bringen, mit dem Ziel, auf dem Verhandlungswege die angehäuften Sprengladungen zu entschärfen. Es stimmt hoffnungsvoll, daß am 11. Mai eine Außenministerkonferenz stattfinden wird und sich eine Gipfelkonferenz anschließen soll.

Diese Entwicklung muß unbedingt vorwärts getrieben werden, damit eine allmähliche Annäherung der Standpunkte, von der öffentlichen Meinung in allen Völkern unterstützt, sich durchsetzen kann. Wenn alle Regierungen und Völker mit Wort und Tat nach Frieden streben, dann wird der Erfolg, den Frieden zu erhalten, nicht ausbleiben und der ganzen Menschheit zum Segen gereichen.